PB.L-01-420-4

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Sascha Heußen (KV Köln)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 419 bis 421:
saubere Luft in Innenstädten, erfüllen unsere Klima- und Umweltziele, und die Automobilindustrie kann ihre Entwicklungsarbeit ~~verlässlich auf Elektromobilität ausrichten~~darauf ausrichten als Mobilitätsdienstleisterin zu sozial- und klimaverträglichen Mobilitätskonzepten jenseits des MIV beizutragen. Das sichert zukunftsfähige Arbeitsplätze und neue Geschäftsmodelle. Wir setzen uns für

Begründung

Anmerkung: Der Antragstext wurde am 08.04.21 vom Parteiarbeitskreis Mobilität des KV Köln ohne Gegenstimmen beschlossen.

„Elektromobilität“ ist ein Buzzword der Automobilindustrie, um vorzugaukeln nur der MIV würde Mobilität ermöglichen. Dies ist nicht mehr als eine Marketingstrategie und gerade wir Grünen wissen ganz genau, dass gute Mobilität in erster Linie aus Fuß-, Rad- und Schienenverkehr besteht und Autoverkehr nur eine punktuelle sinnvolle Unterstützung bieten kann. So sehen wir ebenfalls die Zukunft des MIV in der geteilten Nutzung statt im Besitz, bei dem Autos statistisch 23 Stunden am Tag ungenutzt herum stehen und als (unästhetische) Sichtblockade eine Gefahr für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen darstellen.

Der Wandel im Selbstverständnis der Automobilindustrie vom Statussymbol-Verkäufer hin zu **einem** Mobilitätsdienstleister unter Vielen – mit echter Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Mobilitätsformen – muss sich auch in unserem Programm niederschlagen. Die ursprüngliche Formulierung suggiert, die Automobilindustrie würde die Mobilitätskonzepte schreiben, die Bürger*innen seien nur Nutzer*innen. Es muss aber andersherum sein. Mobilitätskonzepte für lebenswerte Städte und Kommunen entstehen durch Nachbarschaftsvereine, Bürger*innen-Initiativen oder Arbeitsgruppen, die bspw. von Verwaltung/Ministerien eingesetzt werden können. Die Automobilindustrie muss dem Gemeinwohl dienen.

Dazu muss der Verbrenner hier nicht explizit betont werden. Für lebenswerte Städte stellen Elektroautos nur eine geringfügige Verbesserung dar, da Probleme des Platzverbrauchs, der Sicherheit und Zersiedelung durch hohe Geschwindigkeiten,sowie alle Emissionen außer CO2 durch Elektroautos nicht gelöst werden. Auch Elektroautos verursachen bekanntermaßen schon in der Produktion Klimafolgeschäden, die zu minimieren sind.

weitere Antragsteller*innen

Nicolas Blume (KV Köln); Lars Boettger (KV Hamburg-Altona); Thomas Glowacki (KV Köln); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Jana Dreston (KV Köln); Deniz Ertin (KV Köln); Martin Laumert (KV Köln); Bert Lahmann (KV Köln); Stephan Rohn (KV Köln); Danny Kröger (KV Köln); Martin Mellert (KV Köln);

Raphael Marquart (KV Köln); Thomas Grothkopp (KV Köln); Andreas Hoof (KV Köln); Thuy Chinh Duong (KV Berlin-Mitte); Wolfgang Pelzer (KV Köln); Ralf Bohr (KV Bremen-Ost); Bärbel Kraus (KV Wittmund); Aljoscha Labeille (KV Würzburg-Land); Michael Kümmling (KV Dresden); Max Mayer (KV Ludwigsburg); Monika Zimmermann (KV Freiburg); Martin Schmidt (KV Chemnitz); Martin Reiher (KV Köln); Julia Wunderlich (KV Köln); Christian Zander (KV Tübingen); Jonas Günther (KV Köln); Thomas Eltner (KV Dortmund); Erich Minderlein (KV Ortenau); Thomas Ketelaer (KV Köln); Susanne Schwarz-Esser (KV Köln); Michael Kaiser (KV Köln); Ulrike Wachotsch (KV Dessau-Rosslau); Marius Held (KV Köln); Andreas Rüter (KV Köln); Raphael Buob (KV Freiburg); Jonas Simon Pollex (KV Bremen-Kreisfrei); Sabine Jutta Müller (KV Köln)